

Die Fraktion



Kiel, 28.03.2018

Newsletter Nr. 1/2018

des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume

Impressum

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion
Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume

Verantwortlich:

Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises
Dr. Silke Schielberg, Referentin des Arbeitskreises

Landeshaus

Postfach 7121, 24171 Kiel

Tel.: 0431/988-1334/1331

Fax: 0431/988-1313

E-Mail: s.schielberg@spd.ltsh.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem dritten Newsletter (dem ersten im neuen Jahr) möchten wir über unsere neuesten Aktivitäten berichten.

Vor uns steht die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Deshalb haben wir in diesem Newsletter vor allem Aktivitäten in den Vordergrund gestellt, die für die Kommunen von besonderem Interesse sind, wie der Ausstieg aus Glyphosat oder die Energiewende. Beide großen Themen können und werden in und von den Kommunen entscheidend mitgestaltet. Dazu haben wir uns in den letzten drei Monaten deutlich positioniert.

Wir wünschen Ihnen und Euch allen schöne Ostertage und hoffen mit allen gemeinsam auf einen baldigen Frühlingsbeginn.



Und nicht vergessen: am 6. Mai 2018 wählen gehen!

Wir fordern den Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat

Bereits in unserem letzten Newsletter haben wir ausführlich über unsere Initiativen und Aktivitäten berichtet, um endlich den Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat zu schaffen.

Schon 2012 hat Kirsten Eickhoff-Weber im Umwelt- und Agrarausschuss die ersten kritischen Fragen zur Glyphosat-Anwendung in Schleswig-Holstein gestellt. Wir setzen uns seitdem dafür ein, dass der Einstieg in den Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat kommt.

Und dabei geht es nicht nur um Glyphosat – es geht insgesamt um die deutliche Verringerung bis hin zum Verzicht synthetischer Pflanzenschutzmittel! Insbesondere in der Landwirtschaft, aber auch im öffentlichen Raum und in unseren Gärten.

Daher haben wir bereits in der vergangen Legislatur immer wieder Anträge zu diesem Themenkomplex auf den Weg gebracht z.B. für ein Verbot von Neonicotinoiden, für den Schutz der Bienen und Insekten, für die Reduzierung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Gewässern.

In der öffentlichen Debatte ist das weltweit am häufigsten verwendete Totalherbizid Glyphosat Synonym für die dringend erforderliche Neuausrichtung insbesondere der Landwirtschaft.

Mit dem aktuellen Antrag, den wir im vergangenen November in den Landtag eingebracht haben, bekräftigen wir unsere Forderung nach einem Ausstiegsplan noch einmal. Er liegt seit Dezember 2017 im Umwelt- und Agrarausschuss, weil sich die

Jamaika-Koalitionäre nicht einig sind. Während Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck im Dezember 2017 auf Bundesebene einen klaren Ausstiegsplan gefordert hat - so wie wir dies seit Jahren tun - wollen die Jamaika-Fraktionen erst einmal in einer Anhörung klären, ob ein Ausstieg überhaupt geboten ist.

Und dabei sind wir längst einen Schritt weiter. Es geht nicht mehr um die Frage des Ob. Wir müssen endlich über das Wie bei der Minimierung von Pflanzenschutzmitteln entscheiden. Den Koalitionsvertrag auf Bundesebene hätten wir uns an dieser Stelle mutiger gewünscht, aber er eröffnet Möglichkeiten, die wir als SPD nutzen werden. Wir werden die Arbeit unserer neuen Bundesumweltministerin Svenja Schulze mit allem Nachdruck unterstützen.

Unsere Überzeugung, dass jetzt mit der Erarbeitung eines solchen Plans begonnen werden muss und auch konkret in Schleswig-Holstein begonnen werden kann, wenn der politische Wille denn da ist, haben wir mit einem Haushaltsantrag für den Haushalt 2018 bekräftigt, mit dem wir über 3 Jahre 600.000 Euro für die Erarbeitung einer Landesstrategie zum Ausstieg aus der Glyphosatnutzung in der Landwirtschaft in den Haushalt einstellen wollten. Dieser Antrag ist im Januar 2018 in einer namentlichen Abstimmung von der Jamaika-Koalition abgelehnt worden.

Das sind unverändert unsere Forderungen an die Landesregierung, die wir bereits in einem Antrag 2015 auf den Weg gebracht haben:

- sich über die Bundesregierung auf EU-Ebene endlich klar für den Ausstieg aus dem Einsatz aller auf dem Wirkstoff Glyphosat basierenden Herbizide einzusetzen
- in Schleswig-Holstein mit der Landwirtschaft den verbindlichen Ausstieg anzugehen und dort wo notwendig Wege aufzuzeigen, wie eine Landwirtschaft ohne regelhafte Anwendungen von Glyphosat und anderen Totalherbiziden wirtschaften kann, z.B. biologische und mechanische Alternativen für den Einsatz von Totalherbiziden
- Förderung von Wissenschaft und Forschung für die Entwicklung von Alternativen. Es darf nicht das eine Gift durch ein anderes ersetzt werden
- Bei Ausbildung in den Grünen Berufen die Voraussetzungen für Produktionstechniken ohne bzw. minimalen Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel zu sichern
- sich für eine stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft sowie für nachhaltig wirtschaftende konventionelle Betriebe im Rahmen der neuen EU-Förderperiode ab 2020 einzusetzen
- die Mittel für bestehende ELER-Maßnahmen, die in der laufenden EU-Förderperiode umgewidmet werden können, für den Ausstieg aus dem Einsatz von Glyphosat zu nutzen.

Wir werden nicht locker lassen. Die Debatte geht nach der Osterpause im Umwelt- und Agrarausschuss weiter, in dem die von Jamaika gewünschte Anhörung ausgewertet wird.

Hier noch einmal die Links zu unserem Antrag und zum Antrag der SPD-Bundestagsfraktion.

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 12:

TOP 12 Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat

<http://www.ltsh.de/pressticker/2017-11/16/10-27-07-44a5/PI-Wg1Z60SI-spd.pdf>

Antrag der SPD-Landtagsfraktion:

Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt!

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00200/drucksache-19-00291.pdf>

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion:

Nationaler Ausstieg aus der Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/002/1900232.pdf>

SPD-Politik auf der Grünen Woche in Berlin

SPD-Agrar-Netzwerktreffen

Bereits vor Beginn der Grünen Woche hat am 19. Januar 2018 ein Treffen des SPD-Netzwerks Agrar- und Ernährungswirtschaft und anschließend ein informelles SPD-Agrarsprechertreffen im Bundestag stattgefunden, an dem Kirsten Eickhoff-Weber als agrarpolitische Sprecherin für die Fraktion teilgenommen hat.

Themen waren u.a. die Vorbereitung der Koalitionsgespräche, Identifizierung der Themen für die neue Legislaturperiode und die Zukunft der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Wir sind uns einig, dass die SPD sich in diesen Themenfeldern viel deutlicher mit politischen Ansätzen positionieren muss. Sozialdemokratische Politik für die ländlichen Räume, die Land- und Ernährungswirtschaft muss und kann eigene Akzente setzen. Wir denken die Themen in einem größeren Zusammenhang für die Menschen und für die Umwelt. Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft: ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel. Es geht um Natur- und Umweltschutz, um gute Arbeit, gesunde, anständig produzierte Lebensmittel und um die wirtschaftliche Basis der ländlichen Räume.

Der Austausch in diesen beiden Netzwerken ist für unsere Arbeit sehr wertvoll. Auch wenn die Rahmenbedingungen in den Bundesländern durch Klima, Böden und Struktur sehr unterschiedlich sind, gibt es doch Herausforderungen, die uns als Sozialdemokraten verbinden. Im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion ist Dr. Matthias Miersch u.a. für diesen Themenbereich zuständig. Agrarpolitischer Sprecher ist Rainer Spiering und mit Maria Noichl haben wir eine starke Frau im Europaparlament.

Zur Reform der SPD muss auch gehören, dass wir Themenfelder, die wir viel zu lange den Grünen überlassen haben, wieder mit sozialdemokratischen Ideen und Inhalten füllen. Den in der SPD weit verbreiteten Irrglauben, dass in den ländlichen Räumen sowieso schwarz oder grün gewählt wird, müssen wir auf allen Ebenen kritisch hinterfragen und in den ländlichen Räumen unsere Antworten geben!

Delegationsreise des Umwelt- und Agrarausschusses

Vom 20. bis 23. Januar 2018 nahmen dann die Mitglieder unseres Fraktionsarbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume Kirsten Eickhoff-Weber, Kerstin Metzner und Stefan Weber an der Delegationsreise des Umwelt- und Agrarausschusses zur Grünen Woche teil.

Begrüßt wurde unsere Delegation am Samstagnachmittag von der Landwirtschaftskammer und dem Bauernverband. Schwerpunkt des Gesprächs war das Thema Online-Direktvermarktung für Produkte und Lebensmittel aus Schleswig-Holstein. Die Landwirtschaftskammer berichtete über ihre Onlineplattform, die mittlerweile seit über einem Jahr erfolgreich am Netz ist, auch wenn nach Meinung der anwesenden MitarbeiterInnen gerne noch mehr Betriebe und Direktvermarkter diese nutzen könnten. Im Anschluss hatte jeder noch die Möglichkeit, die Hallen auf eigene Faust zu erkunden.



Am Sonntag gab es den jährlichen Rundgang durch die Schleswig-Holstein Halle, auf dem die Ausschussmitglieder mit vielen Ausstellern ins Gespräch kamen und sich über die regional angebotenen Produkte informierten. Abends waren dann alle zum jährlichen Schleswig-Holstein-Abend des Bauernverbandes und der Landwirtschaftskammer geladen. Wie in jedem Jahr saßen unsere Abgeordneten an verschiedenen Tischen verteilt und hatten so die Möglichkeit, mit vielen interessanten Akteuren aus Schleswig-Holstein ins Gespräch zu kommen.

Am Tisch des Abgeordneten Stefan Weber zum Beispiel saßen einige Jungbauern, Vertreterinnen und Vertreter der Landjugend sowie die Besitzer des Steh-Cafés in Marne, Sabine und Harald Kremer. Familie Kremer ist seit vielen Jahren auf der Grünen Woche vertreten und serviert dort ihre über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus bekannte Schleswig-Holstein Torte. Immer nur zur Grünen Woche, dann aber jeden Tag, wird mindestens eine dieser Torten gebacken die die Form von Schleswig-Holstein darstellt, und dann serviert.

Der dritte Tag begann mit einem Gespräch bei der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holstein e.V. Der Verein erläuterte seine Arbeit und es wurde intensiv über Probleme und Anliegen gerade der kleinen Gemeinden diskutiert. Ein interessantes Projekt, das aus der „Ideen-

schmiede Ländlicher Raum“ entstanden ist, ist das „Dörpsmobil SH-Wir bewegen das Dorf“, das in der Gemeinde Klixbüll mit Unterstützung der Aktivregion Nordfriesland Nord erfolgreich durchgeführt wird. Kirsten Eickhoff-Weber, politische Sprecherin für die ländlichen Räume der SPD-Landtagsfraktion, ist Mitglied im Vorstand der ALR.

Im Anschluss gab es noch ein aufschlussreiches Gespräch mit dem Deutschen Jagdverband. Dabei ging es um die Direktvermarktung von Jagdprodukten und ganz aktuell um die Afrikanische Schweinepest und die Frage, was diese für die Jäger in Deutschland bedeutet und was sie selbst leisten können, um der Pest, wenn sie denn kommt, wirkungsvoll zu begegnen. Die Grüne Woche war besonders für unsere neuen Abgeordneten Kerstin Metzner und Stefan Weber sehr informativ. Ihr Fazit lautet: „Wer sich über Landwirtschaft, ländliche Produkte, Natur und Umwelt informieren möchte ist hier genau richtig!“

Podiumsdiskussion der Agrarsozialen Gesellschaft

Kirsten Eickhoff-Weber hat am 21. Januar 2018 auf dem Podium der Agrarsozialen Gesellschaft „Lust aufs Land? Welche Perspektiven sehen Sie für die ländlichen Räume?“ zusammen mit den Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz (CDU), Harald Ebner (Grüne) und Dr. Kirsten Tackmann (Linke), diskutiert. Die Vertreterin der SPD Bundestagsfraktion Rita Hagel-Kehl konnte den Termin nicht wahrnehmen. Da hatte die Agrarsoziale Gesellschaft rechtzeitig vor der Grünen Woche Kirsten Eickhoff-Weber eingeladen, damit auch die SPD vertreten ist.



Wir haben in Schleswig-Holstein mit unserer Broschüre „Positionen zur Entwicklung der ländlichen Räume“, die bereits 2016 erschienen ist

(<http://www.spd.ltsh.de/sites/default/files/positionspapier-laendliche-raeume.pdf>)

eine hervorragende Basis, um die Diskussion zu bereichern! Ein zentrales Thema in der Runde war der Breitbandausbau. Ergebnis war, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern hier gut dasteht. Die Küstenkoalition hat in diesem Bereich die zukunftsweisenden Entscheidungen getroffen: sowohl technisch für den Ausbau von Glasfaserleitungen, als auch finanziell mit dem IMPULS Programm. Das Breitbandkompetenzzentrum, die Einbindung der Kommunen, alles das beschreibt den richtigen Weg. Ein weiterer Aspekt, den Kirsten Eickhoff-Weber in die Diskussion eingebracht hat: die

Frauen im ländlichen Raum. Hier geht es um beste Ausbildungsmöglichkeiten, faire Bedingungen für Gründerinnen und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wissen auch durch die Arbeit der Landfrauen, dass die Frauen oftmals die gestaltende Kraft in den ländlichen Räumen sind.

Am Ende der Diskussion hat unsere Sprecherin für die ländlichen Räume die Forderung nach einer Staatsministerin/ einem Staatsminister für die ländlichen Räume im Kanzleramt eingebracht. Das Thema berührt fast alle Ministerien. Um nicht im Konkurrenzkampf der Häuser unterzugehen, ist aus unserer Sicht eine konzeptionell denkende und lenkende Kraft für die übergreifenden Zusammenhänge erforderlich. Da stimmten CDU und Grüne ausdrücklich zu.

Dass die ländlichen Räume jetzt in einem Innen- und Heimatministerium untergekommen sind, ist nicht zielführend und steht einer zukunftsgerichteten Entwicklung eher im Weg. Ähnlich wie in Schleswig-Holstein, auch hier bestätigt sich die Sorge, dass die ländlichen Räume im Innenministerium eher verwaltet werden.



10 Jahre Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein - 10 Jahre LKN.SH

Die Behörde mit dem sperrigen Namen Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein feierte am 18. Januar 2018 ihr zehnjähriges Bestehen. Für die SPD-Landtagsfraktion nahmen Sandra Redmann als umweltpolitische Sprecherin und Kerstin Metzner als Sprecherin für Küstenschutz teil. Der Direktor des LKN.SH, Dr. Johannes Oelerich, würdigte die Leistungen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die gute Vernetzung in der Region. Das LKN feierte dieses Jubiläum zusammen mit den über hundert Gästen aus Verwaltung, Wissenschaft und Politik. Eine wahre Bereicherung lieferte zudem

die Bigband der Theodor-Storm-Schule Husum.

Die Landesregierung würdigte die Arbeit der Landesbehörde. Bürgermeister, Vertreter von Wasser- und Bodenverbänden, aus der Wissenschaft sowie aus dem Naturschutz hoben die konstruktive Zusammenarbeit mit dem LKN hervor. Die Gästeschar spiegelte wieder, dass die Behörde durchaus nicht sperrig, sondern sehr agil über die Region hinaus wirkt. War die Skepsis bei der Gründung im Januar 2008 noch groß, ob sich die große Aufgabenvielfalt unter einem Dach vereinen ließe, so gab es nach 10 Jahren überwiegend Lob für diese Entscheidung.

Immer wieder wurde betont, dass das LKN seinen guten Ruf vor allem seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort zu verdanken hat. Erwähnenswert ist dabei, dass das LKN selbst beruflichen Nachwuchs ausbildet und insbesondere auch Hauptschulabsolventen eine Chance bietet. Durch den Einsatz von eigenem Personal bei der Instandhaltung von Deichen und Dämmen, beim Bau von Sandfängen und Buhnen, bei der Pflege und Zucht von Meerestieren im Nationalparkzentrum, bei der Reparatur von Schiffen und Hafenanlagen u.a. ist eine hohe Fachkompetenz beim LKN vorhanden.

Für uns als Landtagsabgeordnete muss es Verpflichtung sein, für die kommenden Jahre Haushaltsmittel für eine ausreichende Personal- und Mittelausstattung beim LKN bereit zu stellen.



Dezentralisierung der Energiewende

„Zukunft der Stadt- und Gemeindewerke im Energiewendeland Schleswig-Holstein“ lautete das Thema einer Veranstaltung, zu der der Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion am 27. Februar 2018 ins Landeshaus eingeladen hatte. Trotz Schnee und Eis war das Interesse daran sehr groß und mit Roman Kaak, Geschäftsführer des Verbandes der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft sowie den beiden Geschäftsführern der Stadtwerke Eckernförde und Geesthacht Dietmar Steffens und Markus Prang hatten wir tolle Referenten. Die spannende Diskussion hat unsere Haltung zu dem Thema bekräftigt.



Wir Sozialdemokraten wollen die Vorteile kommunaler Unternehmen ganz bewusst nutzen: Es geht uns um die

- Verbesserung der lokalen Wertschöpfung und stärkere Einbindung der örtlichen Marktpartner
- Nutzung des kommunalwirtschaftlichen Querverbundes zur Finanzierung wichtiger örtlicher Aufgaben

- Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen
- Schaffung und Sicherung guter Arbeitsplätze vor Ort
- Wahrnehmung sozialer Verantwortung bei der Energieversorgung
- soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten
- Ausrichtung der örtlichen Energieversorgung auf Qualitätswettbewerb statt Preiswettbewerb und Ausweitung ökoeffizienter Energiedienstleistungen sowie
- Realisierung von Kunden- bzw. Bürgernähe und Nutzung der ausgeprägten örtlichen Problemlösungskompetenz.

Chancen für die Stadt- und Gemeindewerke

Wir stehen zu unseren Stadt- und Gemeindewerken. Sie sind für die Daseinsvorsorge unverzichtbar. Und sie sind Orte guter Arbeit, die auch dann noch ausbilden, wenn andere sich zurückgezogen haben.

Unser energiepolitischer Sprecher Thomas Hölck hat in seinem Eingangsstatement deutlich gemacht, dass die Fragestellung, ob die Energiewende eine Chance für die Stadtwerke ist oder nicht, unerheblich ist. Sie findet statt, und wir müssen sie als Chance für die kommunalen Unternehmen nutzen. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Energiewende einen Wandel weg von der zentralen Energieversorgung hin zu einer dezentralen, sehr unterschiedlichen Energieversorgung vor Ort vollzieht und aus unserer Sicht auch vollziehen muss, muss allen klar sein, dass sie

ohne gut aufgestellte Stadtwerke scheitern wird.

Die Verteilnetze sind die Lebensadern des deutschen Energiesystems. Sie sorgen dafür, dass heute 50 Millionen Stromkunden der Industrie, des Gewerbes und der privaten Haushalte zuverlässig mit Energie versorgt werden. Ohne Verteilnetzbetreiber blieben die Lichter aus! An die Verteilnetzebene sind heute 97 Prozent der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien angeschlossen. Ohne Stadtwerke kommt der Strom nicht ans Ziel. Sie sind das Gegenmodell zur Konzernstruktur früherer Jahrzehnte.

Die Energiewende führt dazu, dass in den Kommunen Erzeuger erneuerbarer Energien angesiedelt, kommunale Wärmekonzepte entworfen und umgesetzt, Infra- und Speicherstrukturen geschaffen werden.

Dabei haben die Stadt- und Gemeindewerke eine Schlüsselfunktion. Die örtliche Energieversorgung in umwelt- und klimafreundliche Einrichtungen zu transformieren, ist ihre Aufgabe. Mit dem Auslaufen vieler Konzessionsverträge überlegen immer mehr Kommunen den Einstieg in ein eigenes Versorgungsunternehmen. Seit 2005 gibt es weit mehr als 70 Neugründungen in ganz Deutschland.

Aber wie wirkt sich die Dezentralität der Energiewende aus, wenn dezentral plötzlich autark bedeutet? Also wenn ein Grundstückseigentümer seinen Strom ausschließlich selbst produziert, speichert und verbraucht? Energie-Großlieferanten liefern nicht länger allein an die Endverbraucher, sondern die Verbraucher werden selbst zu Energielieferanten. Was wird dann aus der Solidargemeinschaft, aus den Stadt- und Gemeindewerken?

Nach unserem Verständnis müsste trotz einer eigenen autarken Energieversorgung eine Solidarabgabe für die Netze gezahlt werden. Oder der Prozess wird selbst gesteuert. Die Stadtwerke Schleswig machen es mit ihrer Powerbox 2.0 vor. Dabei handelt es sich um eine Komplettlösung aus Photovoltaik und einem Energiespeicher zur Nutzung des eigenen Stroms. Das wiederum ruft aber die Handwerkerschaft auf den Plan. Das Eindringen in das Sanitär-Heizung-Klima Handwerk durch die Stadtwerke ist ihnen ein Dorn im Auge.

Aus unserer Sicht ist es auch ein merkwürdiges Staatsverständnis, dass die kommunalen Unternehmen nur die Aufgabenbereiche erledigen sollen, bei denen nichts zu verdienen ist.

Umfassende Vernetzung notwendig

Das Beispiel aus Schleswig zeigt aber auch – und das haben auch die Beiträge auf unserer Veranstaltung deutlich gemacht – dass Stadt- und Gemeindewerke vom klassischen Energieversorger zum umfassenden Energiemanager werden. Dazu gehört die Vernetzung aller Akteure: Netzbetreiber, Energieerzeuger, Vertriebe, private Haushalte, Unternehmen.

Ein weiteres Feld für die Stadt- und Gemeindewerke kann die verstärkte Kooperation mit Wohnungsunternehmen sein. Hier könnten integrierte Konzepte entwickelt werden, zum Beispiel für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie für das Quartier mit dezentralen Anlagen, mit Speichermöglichkeit und Wärmeversorgung. Das Knowhow der Energieversorger würde so mit dem Knowhow der Wohnungswirtschaft verzahnt. Damit werden die kommunalen Versorger mit Standardprodukten über Infrastrukturbetreiber und Energiedienstleister zum kooperativen (Mit)gestalter der lokalen Energiewende.

Im Strommarkt ist der Siegeszug der Erneuerbaren Energien nicht mehr aufzuhalten. Alle Akteure im Markt stellen sich darauf ein und investieren in neue Technologien. Damit stehen wir unmittelbar vor der 2. Stufe der Energiewende. Jetzt gilt es, erste Schnittstellen für die Kopplung der Sektoren Strom, Mobilität und Wärme zu schaffen.

Und auch dies – die Sektorenkopplung – wird ohne die Stadt- und Gemeindewerke nicht gelingen. Die Wärmenetze und die kommunale Erdgasinfrastruktur sind hervorragende Säulen, um Sektoren wie „Power to heat“ und „Power to Gas“ zu verbinden.



Wir sind überzeugt, dass Stadt- und Gemeindewerke und Energiewende zusammengehören. Die Energiewende führt zu dezentralen Energieerzeugungsstrukturen. Die Zeit der Großkraftwerke ist definitiv vorbei. Das Zusammenspiel von Photovoltaik, Windenergie, Biogas, KWK-Lösungen und flexiblen Gaskraftwerken sowie die Abstimmung von Erzeugung und Verbrauch werden daher immer wichtiger. Hier sind die Stadt- und Gemeindewerke in einer guten Ausgangsposition.

Wir brauchen eine Landesregulierung

Und wenn wir es mit der Dezentralisierung und der Unterstützung der Stadt- und Gemeindewerke auf diesem Weg ernst

meinen, dann brauchen wir auch endlich eine regionale Regulierungsbehörde. Dafür setzen wir uns bereits seit 2010 ein. Damals ist unser Anliegen noch an der schwarz-gelben Landesregierung gescheitert. In der Küstenkoalition haben wir unseren Antrag erneut eingebracht. Das grüne Ministerium hat die Debatte, die wir bereits 2013 wieder angestoßen hatten, allerdings bis über den Wahltermin ver

schleppt, erst mit den Argumenten, dies sei nicht kostenneutral finanzierbar und Schleswig-Holstein sei eines der ersten Länder, die sich dafür entscheiden würden. Dann mit dem Argument, man würde in Gesprächen mit unseren Nachbarn prüfen, ob eine gemeinsame Regulierung im norddeutschen Verbund möglich wäre. Mittlerweile haben sich bereits 11 Bundesländer für eine Regulierung auf Landesebene entschieden und mit Thüringen sind es wohl bald zwölf. Schleswig-Holstein steht mit seinem Festhalten an der Organleihe beim Bund heute ziemlich alleine da.

Deshalb haben wir die Landesregierung im März erneut aufgefordert, die Organleihe bei der Bundesnetzagentur zu kündigen und zum 1.01.2019 eine Landesregulierung aufzubauen. In der Landtagsdebatte ist deutlich geworden, wo Jamaika diesbezüglich steht. Die Regierung spielt weiter auf Zeit und hat unseren Antrag in den Ausschuss überwiesen. Das Für und Wider soll erneut abgewogen werden. Dabei hat ein Bericht der Landesregierung aus dem Jahr 2016 deutlich gemacht, dass mit der Umsetzung begonnen werden kann. Wir werden die Diskussion im Ausschuss weiter kritisch begleiten und wenn nötig, eben noch einmal alle Argumente dafür auf den Tisch legen.

Energiepolitischer Fachbeirat und nächste Veranstaltung

Eines hat unsere Veranstaltung noch deutlich gemacht: Die energiepolitischen Akteure im Land wünschen sich häufiger Veranstaltungen wie diese und einen re-

gelmäßigeren Austausch mit uns. Deshalb werden wir einen Energiepolitischen Fachbeirat gründen, zu dem wir noch vor der Sommerpause zu einem ersten Treffen einladen werden.

Bereits am 25. April 2018, 20:00 Uhr, gibt es zusammen mit dem SPD-Kreisverband Nordfriesland eine weitere Veranstaltung in Husum, Schleswiger Chaussee 65, Hotel Rosenberg, „Energiewende vor Ort! Was ist wichtig für die Kommunen?“

Dazu laden wir herzlich ein.

Antrag der Landtagsfraktion, Drucksache. 19/503:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00500/drucksache-19-00503.pdf>

Rede Thomas Hölck zu TOP 13 am Mittwoch, 21.03.2018:

Landesregulierung der Strom- und Gasnetze endlich auf den Weg bringen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-03/21/16-33-21-2f2f/PI-WrJ7QS8v-spd.pdf>

Windenergieplanung: Die Landesregierung bricht ihr Wahlversprechen

Kurz vor der Osterpause hat die Landesregierung endlich offenbart, dass das, was die CDU den Wählerinnen und Wählern im Landtagswahlkampf versprochen hat und was Jamaika im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, nicht einzuhalten ist. Mit der Präsentation des neuen Kriterienkatalogs für die Regionalplanung Windenergie ist jetzt klar, was wir schon seit über einem Jahr sagen: Wenn die Energiewende nicht gefährdet werden soll, sind deutlich höhere Abstände zur Wohnbebauung völlig unrealistisch. Noch eine Woche zuvor hat sich die Landesregierung in einer Pressemitteilung zu den vereinbarten Energiewendezielen und zur Erhöhung der Abstände der Windenergieanlagen zu Siedlungen bekannt und gesagt, dass sie nach dem derzeitigen Stand der Regionalplanung davon ausgeht, dass diese beiden

Ziele miteinander vereinbar sind. Jetzt wird sich für über 90% derer, die sich über Beeinträchtigungen beschwert haben und denen Entlastung versprochen wurde, überhaupt nichts ändern. Die Landesregierung hat nicht nur über Monate die Wählerinnen und Wähler getäuscht. Auch die Windenergiebranche wurde massiv daran gehindert, die Energiewende weiter voranzutreiben. Damit hat Jamaika den Wirtschaftsstandort und viele Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Nachdem Schleswig-Holstein zu Zeiten der Küstenkoalition das Energiewendeland Nr. 1 war, wird unser Land immer weiter abgehängt. Darauf haben wir immer wieder hingewiesen.

Nach dieser Offenbarung will die Landesregierung erst nach der Kommunalwahl darüber informieren, welche konkreten

Auswirkungen sich für sie aus den Änderungen am Kriterienkatalog ergeben. Das führt aus unserer Sicht zu einer weiteren Wählertäuschung.

Wir fordern deshalb die Landesregierung in einem Antrag auf, in der 11. Landtagstagung im April die konkreten Auswirkungen der geplanten Änderungen am Kriterienkatalog für die Regionalplanung Windenergie im Detail darzulegen. Insbesondere soll sie darlegen, unter welchen Bedingungen der Abstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung tatsächlich auf 1000 m erhöht wird und wann dieser bei 800 m bleiben soll.

Ebenso soll die Landesregierung uns darlegen und dies auch begründen, welche Auswirkungen sich aus den Änderungen am Kriterienkatalog für

1. die nach Abschluss der Regionalplanung für Windenergienutzung nutzbare Gesamtfläche
2. den angestrebten Ausbau der Erzeugungsleistung durch Windenergie
3. beantragte Bauvorhaben im Bereich der Windenergie, die auf eine Ausnahmegenehmigung warten
4. den Natur-, Arten- und Vogelschutz
5. das vorgesehene Weltkulturerbe Danewerk/Haithabu
6. Planungsverfahren von nicht planverfestigten Straßenbauplanung ergeben.

Zudem fordern wir die Landesregierung auf zu berichten, wie sie den Gemeinden vor dem Hintergrund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Schleswig weitere Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen wird.

Spannendes Projekt zur Energieeffizienz

Am 8. Februar 2018 stellten Stefan Bolln, Wolfgang Vogel und Jakob Kutsch einen Beitrag zur Wärmewende im Arbeitskreis für Umwelt, Energie und ländliche Räume vor:

Ihre Firma, die e:K:u Schleswig-Holstein, wird im Rahmen einer Studie ein Geschäftsmodell zu „Wärmecontracting für Handwerksunternehmen“ untersuchen. Im „Nationalen Aktionsplan für Energieeffizienz“ ist Wärmecontracting als begleitendes Instrument für die Wärmewende definiert. Grund dafür ist die oft veraltete Anlagentechnik, CO₂-Einsparungen durch

moderne Technik im Gebäudebestand ist das Ziel. Was bisher nur kapitalstarke Unternehmen anbieten, soll nun auch kleineren Handwerksunternehmen ermöglicht werden. Auch der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energien soll hierdurch forciert werden. Untersucht wird unter anderem das Zusammenspiel von Kunde, Handwerker und Kreditinstitut. Ziel ist es, Verträge und Kalkulationsgrundlagen zu entwickeln und für alle Vertragspartner zur freien Verfügung zu stellen.

Die Studie wird von der e:K:u Schleswig-Holstein durchgeführt. Bei Rückfragen wenden Sie sich an:

e:K:u Schleswig-Holstein, Küterstraße 1 – 3, 24103 Kiel

www.eku-sh.de, Stefan Bolln, 0171 – 1206621, Michael Weiß, 0173 – 2483349

Näheres zum Projekt erfahren Sie unter: <https://www.sbb-gmbh.de/contracting>

Besuch der Seehundstation Friedrichskoog

Am 9. Februar 2018 besuchte der Arbeitskreis Umwelt, Energie, Landwirtschaft und ländliche Räume die Seehundstation in Friedrichskoog.



Mit dabei waren auch die für den Wahlkreis zuständige Abgeordnete Birgit Herdejürgen und der 2. stellv. Bürgermeister der Gemeinde, Bernd Theden.

Bei dem Rundgang wurde deutlich, wie wichtig eine Erweiterung der Station und auch zum Teil bauliche Veränderungen und Nachbesserungen sind. Denn auch bei einer so liebevollen Gestaltung muss ab und an erneuert und verändert werden. Die Mittel hierfür hat bereits die Küstenkoalition zur Verfügung gestellt.

Neben dem Tierschutz ist die Umweltbildung ein besonderer Schwerpunkt der Station.

Auf unterhaltsame Art können Kinder etwas über das Wattenmeer und seine Bewohner erfahren. Janne Sundermeyer hat uns die Bildungsprojekte spannend und mit viel Engagement vorgestellt. Ob Quiz, Rallye, Nebenspiel oder das Schweinswalspiel, mit Spaß Natur kennenlernen bedeutet auch verstehen. Und das ist die beste Grundlage um Natur zu schützen.

Mit einer jährlichen BesucherInnenzahl von 160.000 ist die Einrichtung natürlich auch für den Tourismus interessant. Aber vor allem sollen hier Menschen die Einzigartigkeit des Wattenmeeres und seiner Bewohner in seiner Verletzbarkeit, seiner Schönheit und seiner Vielfalt erfahren.

Die Seehundstation Friedrichskoog ist unerlässlich für Schleswig-Holstein, sowohl als Umweltbildungseinrichtung, als auch aus tierschutzpolitischer Sicht.

Seit Jahren leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um Tanja Rosenberger auch durch ihre große Erfahrung hervorragende Arbeit. Dafür möchte sich die gesamte SPD-Landtagsfraktion herzlich bedanken. Wir begleiten und unterstützen sie gerne weiterhin.



7. Netzwerktreffen Nachhaltige Beschaffung

Am 14. Februar 2018 fand im Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (BNUR) in Zusammenarbeit mit dem Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein BEI e.V. das 7. Landesweite Netzwerktreffen „Nachhaltige Beschaffung in SH“ statt. Eingeladen waren vor allem die Verantwortlichen auf kommunaler Ebene. Für Kerstin Metzner als SPD-Fraktionssprecherin für Eine-Welt-Politik und Neuling in diesem Bereich war dieses Treffen die beste Möglichkeit, etwas über die aktuellen Themen zu erfahren.

Die erste Diskussionsrunde galt der Überarbeitung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Die kommunalen VertreterInnen sehen als bedenklich an, dass die Nachhaltigkeitskriterien nur noch als Kann-Bestimmung aufgenommen werden sollen. Ohne eine Verbindlichkeit in den Vergabevorschriften dürfte der Kostenfaktor den Vorrang bekommen und die bisherigen Ergebnisse bei der nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen und die Arbeit der Klimaschutzbeauftragten in Frage gestellt sein. Eine solche Entscheidung stünde der Umsetzung der UN-Klimaschutzziele, insbesondere des SDGs 12 „Nachhaltiger Konsum und Beschaffung“, entgegen.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt stellte sich die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ mit dem „Kompass Nachhaltigkeit“ vor. Das Webportal <http://oeffentlichebeschaffung.kompass-nachhaltigkeit.de> wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten erstellt. Es gibt den Verantwortlichen in den Kommunen Entscheidungshilfen für die nachhaltige Beschaffung der verschiedensten Bedarfsartikel, von Arbeitskleidung bis zu Lebensmitteln.

Den Abschluss bildete der Vortrag „Regionaler Klimaschutz durch regionale Bündelung“. Hier wurde ein guter Ansatz präsentiert, wie in den Kreisen und Regionen die Beschaffungen insbesondere für kleinere Kommunen gebündelt und koordiniert werden kann.

Als Fazit dieser Veranstaltung klang an, dass die Jamaika-Koalition zwar die finanziellen Mittel für die nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stellt, das politische Handeln dem offenbar aber genau entgegenstrebt. Es steht die Befürchtung im Raum, dass die nachhaltige Handschrift langsam verloren geht. Mit solch einer Politik ist die Einhaltung der UN-Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Die SPD-Landtagsfraktion wird diese Ausrichtung hin „zur Gewinnmaximierung, weg vom Klimaschutz“ nicht mittragen.

Plastik in der Schlei: Es sind noch viele Fragen offen

Es ist jetzt bekannt, dass die Plastikfunde an und in der Schlei aus der Kläranlage Schleswig in die Umwelt gelangt sind. Die Auswirkungen dieser massiven Verunreinigung sind katastrophal. Die Tatsache, dass auch ein hochsensibles Brutgebiet

seltener Vogelarten betroffen ist, macht die Situation, insbesondere in den nächsten Wochen, nicht einfacher. Und wie zu erwarten war, weitet sich diese Tragödie aus. Durch die Nahrungskette gelangen diese Plastikteilchen auch wieder zu uns.

Was der Mensch also verursacht hat, landet auch wieder bei ihm.

Aber wie geht es nun weiter?

Darüber wollte die SPD-Fraktion genauer informiert werden und hatte daher einen Dringlichkeitsantrag in der letzten Landtagsitzung gestellt.

Umweltverbände weisen schon seit 2 Jahren auf Verunreinigungen hin. Warum wurde die Öffentlichkeit da nicht informiert?

Wie wurden die Lieferungen kontrolliert, ist bei den Kontrollen nichts aufgefallen? Ist es technisch machbar die Lieferungen zügig zu kontrollieren, müsste die Prüfung häufiger stattfinden und reicht hierfür überhaupt das Personal?

Gibt es in Schleswig-Holstein noch andere Klärwerke, die betroffen sind?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, die gleich zu Beginn der Diskussion die örtliche Abgeordnete der SPD-

Landtagsfraktion Birte Pauls in den Raum stellte: Ist es überhaupt zu verantworten, Lebensmittel zu produzieren, dann in Plastik zu verpacken, um sie dann in die Biogasanlage zu werfen?

Wir glauben nicht.

Die Reinigung wird lange andauern. Machen wir uns aber nichts vor: es wird völlig unmöglich sein alles einzusammeln und zu beseitigen.

Unsere umweltpolitische Sprecherin Sandra Redmann dankte in ihrer Rede allen Helferinnen und Helfern die mit Schaufel und Harke unterwegs waren, um sofort zu helfen.

Die Diskussion ist wichtig, um davon Erkenntnisse für zukünftiges politisches Handeln abzuleiten.

Wir haben diesen Punkt zusätzlich auf die Tagesordnung des nächsten Umwelt- und Agrarausschuss im April setzen lassen. Dort wollen wir weiter über politische Maßnahmen sprechen.

Reden und Anträge von Januar bis März 2018

Rede Thomas Hölck zu TOP 29 am Mittwoch, 24.01.2018:

Elektromobilität technologieoffen voranbringen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-01/24/15-31-26-4931/PI-WmiYvkkx-spd.pdf>

Rede Thomas Hölck zu TOP 32 am Donnerstag, 25.01.2018

Zeitplan für die Regionalplanung vorlegen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-01/25/13-48-20-2299/PI-WmnSFCKZ-spd.pdf>

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 25 am Freitag, 26.01.2018:

Afrikanische Schweinepest

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-01/26/10-28-38-7407/PI-Wmr0xnQH-spd.pdf>

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 17 am Donnerstag, 21.02.2018:

Unabhängigen Zugang zu präzisen Geoinformationen sicherstellen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-02/21/18-15-07-037b/PI-Wo2pGwN7-spd.pdf>

Rede Thomas Hölck zu TOP 22 am Donnerstag, 22.02.2018:

Wasserstofftechnologien als Baustein der Energiewende und Wirtschaftsentwicklung

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-02/22/15-25-05-562b/PI-Wo7SwVYr-spd.pdf>

Änderungsantrag der Landtagsfraktion, Drucksache 18/548

Strom aus erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein veredeln

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00500/drucksache-19-00548.pdf>

Rede Kerstin Metzner zu TOP 25 am Donnerstag, 22.02.2018

Runder Tisch zum Mindestmaß und Rücksetzen von Fischen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-02/22/18-48-38-657b/PI-Wo8CdmV7-spd.pdf>

Dringlichkeitsantrag der Landtagsfraktion, Drucksache 18/603

Einleiten von Plastikteilchen in die Schlei

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00603.pdf>

Antrag der Landtagsfraktion, Drucksache. 19/503:

Landesregulierung der Strom- und Gasnetze endlich auf den Weg bringen

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00500/drucksache-19-00503.pdf>

Rede Thomas Hölck zu TOP 13 am Mittwoch, 21.03.2018:

Landesregulierung der Strom- und Gasnetze endlich auf den Weg bringen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2018-03/21/16-33-21-2f2f/PI-WrJ7QS8v-spd.pdf>

Hinweis:

**Unsere Veranstaltung zum Thema Lebensmittelverschwendung
„LEBENSmittel WERTschätzen“, die wir bereits im letzten Newsletter ange-
kündigt hatten, findet statt am**

**Mittwoch, 18.04.2018, 18:30 Uhr,
Kiel, Landeshaus, Schleswig-Holstein-Saal.**

Hierzu laden wir recht herzlich ein.